

Offener Brief der Seebrücke Krefeld an die Krefelder Abgeordneten des Landtages NRW,

Frau Britta Oellers, Herrn Marc Blondin, Frau Spanier-Oppermann und Herrn Andreas Terhaag

zur Ablehnung des Antrages der Fraktion Die Grünen vom 11.03.2020 , u.a. zur Aufnahme eines bestimmten Kontingentes unbegleiteter minderjähriger Schutzbedürftiger aus Griechenland

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit großem Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich Ihre Fraktionen am 11.03.2020 einstimmig gegen diesen Antrag der Grünen entschieden haben.

Als Abgeordnete des Wahlkreises Krefeld ignorieren Sie damit eindeutig den Ratsbeschluss der Stadt Krefeld vom 06.02.2020, indem beschlossen wurde, dass die Stadt Krefeld, zugehörig zum Städtebündnis Sicherer Häfen, die Möglichkeit erhalten soll, insbesondere unbegleitete minderjährigen Geflüchtete aus den Elendslagern der griechischen Inseln aufzunehmen. Dieser Ratsbeschluss wurde seinerzeit einstimmig mit lediglich einer Enthaltung im Rat beschlossen, also mit den Stimmen aller Fraktionen, also auch derer, deren Politik Sie vertreten!

Als Seebrücke Krefeld haben wir uns über diese Entscheidung des Rates der Stadt Krefeld seinerzeit sehr gefreut, zeigt er doch, dass Werte wie Humanität, Empathie und Menschenrechte in unserer Krefelder Gesellschaft immer noch einen hohen Stellenwert, auch über Parteigrenzen hinaus, haben.

Mittlerweile zählen allein in NRW 34 Städte zum Bündnis Sichere Häfen, die inhaltlich hinter dem von Ihnen abgelehnten Antrag stehen und bereit sind, Kinder und Jugendliche aus dem von Europa geduldetem Elend heraus zu holen und in Deutschland eine sichere Perspektive zu bieten und somit auch eine VorreiterInnenrolle zur Rettung unserer humanistischen Werte in Europa einnehmen. Dies macht uns auch sehr stolz auf so viele solidarische Kommunen in unserem Bundesland.

Umso größer ist unser Bedauern über Ihre Entscheidung im Landtag NRW vom 11.03.2020, mit der Sie sich bewusst gegen das Engagement und den Willen von hunderttausenden hilfsbereiten Menschen und damit auch WählerInnen stellen. Auch NRW hat den Platz zur Aufnahme und es gibt, schaut man auf entsprechende Umfragen, eine Mehrheit in der Bevölkerung, die eine sofortige Aufnahme zumindest der besonders schutzbedürftigen Menschen befürworten.

Enttäuschend ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir uns als Land NRW nicht an die Seite der Bundesländer Berlin, Niedersachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg und Bremen stellen, die ihre jeweiligen solidarischen Kommunen unterstützen und bereits ein Zeichen der Hilfsbereitschaft gesetzt haben.

Stattdessen reiht sich NRW jetzt mit Ihrem Abstimmungsverhalten ein, liebe Abgeordnete, in die Reihe derer, die nicht bereit sind, den Schwächsten der Schwachen zu helfen und die die eigene Verantwortung auf den Bund und auf Europa abwälzen. Wir sehen nicht, dass wir eine "Flüchtlingskrise" haben – wir haben eine Krise der Humanität und Mitmenschlichkeit, auch in NRW!

Wir finden dies beschämend und fragen uns, wie Sie als politische VerantwortungsträgerInnen die Bilder von schutzlosen Kindern und Jugendlichen in Griechenland abends aus dem Kopf bekommen, wenn Sie Ihre eigenen Kinder in ein warmes, sauberes Bett bringen.

Norbert Athen für die Seebrücke Krefeld